



Sessions-Rückblick 27. Februar – 17. März 2023

Nationalrat

20.022 Geschäft des Bundesrates	Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)	<p>Der Nationalrat hat der Vorlage der Agrarpolitik für die nächsten Jahre mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit zugestimmt. Er hat die Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes sowie die Anpassungen des Tierseuchengesetzes angenommen.</p> <p>Die wirtschaftlichen und sozialen Neuerungen im Bereich der Ernteversicherungen wurden ebenfalls genehmigt, wohingegen Anträge der SP, der Grünen und der GLP bezüglich klima- und tierfreundlicheren Produktionen nicht durchkamen.</p> <p>Eine Einigung gab es im Bereich der Verbandsbeschwerde. Umweltorganisation haben weiterhin das Recht, bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln mitzureden, eine Einschränkung dieses Rechts wurde nicht angenommen.</p>
22.461 Parlamentarische Initiative	Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft	<p>Der Nationalrat möchte die Windenergieoffensive vorantreiben und hat dem dringlichen bundesgesetz zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windparks zugestimmt. Nun muss das Gesetz noch vom Ständerat gutgeheissen werden.</p> <p>Die Annahme des Gesetzes hätte für weitfortgeschrittene Windkraftprojekte zur Folge, dass die Standard-Bewilligungsverfahren ausser Kraft gesetzt werden bis eine deutliche Leistungssteigerung in der Stromproduktion erreicht wird. Des Weiteren sieht das Gesetz vor, dass nur noch vor dem obersten kantonalen Gericht Beschwerde eingereicht werden kann und das Bundesgericht nur noch Grundsatzfragen behandeln wird.</p>
21.047 Geschäft des Bundesrates	Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz	<p>Der Nationalrat möchte die Restwasservorschriften bei der Neukonzessionierung von Wasserkraftwerken sistieren, um die Stromproduktion mit Wasserkraft zu fördern. Mit einer sehr knappen Mehrheit stimmt er dem Antrag zu, für die Ratslinke sind damit die Schutzinteressen von Gewässer und Biodiversität ganz klar nicht mehr respektiert und werden von den Nutzungsinteressen verdrängt.</p>



		<p>Um die Verfahren für Wasserkraftwerke zu beschleunigen, hat der Nationalrat beschlossen, nur noch eine Planungspflicht zu behalten, die sich auf neue Standorte und einen Richtplan beschränkt.</p> <p>Bezüglich Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien sind Biotope von nationaler Bedeutung nach wie vor ausgeschlossen, nicht aber neu entstehende Gletschervorfelder und alpine Schwemmebenen. Der Nationalrat hat beschlossen, dass Kantone auch Richtpläne für Solaranlagen von nationalem Interesse festlegen müssen, nicht nur für Wasser- und Windkraftanlagen. Ausserdem sollen Fotovoltaikanlagen, Wind- und Laufwasserkraftwerke von nationalem Interesse sein, sobald sie eine gewisse Grösse erreichen – reicht das nicht, werden auch kleinere Anlagen miteinbezogen. Eine Bejahung der Standortgebundenheit und des überwiegenden Interesses von Solar- und Windenergieanlagen von nationalem Interesse wurde abgelehnt, wohingegen die gesetzliche Grundlage für Energiereserven einstimmig angenommen wurde.</p> <p>Die Zielwerte im Energiegesetz hat der Nationalrat deutlich erhöht und neue Verbrauchziele festgelegt.</p> <p>Den Kantonen werden zwar keine neuen Gebäudemassnahmen auferlegt, es soll nun aber eine Solarpflicht für Neu- und erhebliche Um- und Erneuerungsbauten eingeführt werden. Ausserdem soll die Bundesverwaltung geeignete Flächen nutzen, um diese mit mehr Solarpanels auszustatten. Der Nationalrat beschloss weiter, im RPG die Bedingungen für den Bau von Solaranlagen auf freien Flächen ausserhalb der Bauzone zu regeln. Ausserhalb der Landwirtschaftszone sollen solche Anlagen in vorbelasteten oder wenig empfindlichen Gebieten als standortgebunden gelten, wenn sie mit verhältnismässigem Aufwand ans Stromnetz angeschlossen werden können. Innerhalb der Landwirtschaftszone dürfen sie zudem die landwirtschaftlichen Interessen nicht oder nur geringfügig beeinträchtigen oder müssen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungszwecken dienen. Windenergieanlagen von nationalem Interesse im Wald sollen als standortgebunden gelten, wenn bereits eine strassenmässige Groberschliessung besteht.</p> <p>Bezüglich einer vereinfachten Bewilligung von AKWs an bereits bestehenden Standorten und dem Bau neuer AKWs stiessen alle Anträge auf Ablehnung.</p>
21.055 Geschäft des Bundesrates	Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative).	Der Nationalrat beschliesst das vorsorgliche Nein zur bedingt zurückgezogenen Gletscher-Initiative. Dafür spricht er sich für das Gesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die



	Volksinitiative und direkten Gegenentwurf	Stärkung der Energiesicherheit als indirekten Gegenvorschlag aus – gegen diesen hat die SVP aber das Referendum ergriffen, über das am 18. Juni 2023 entschieden wird.
--	---	--

Ständerat

22.3702 Motion	Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung	Angenommen. (Zweitrat.)
22.4414 Motion	Bekämpfung der Abholzung. Umsetzung der EU-Bestimmungen im Schweizer Recht	Überweisung an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.
22.4596 Motion	Keine neuen Subventionen, die der Biodiversität und dem Klimaschaden	Überweisung an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.